



Niederschrift

Bildungsausschuss

20. Wahlperiode – 39. Sitzung

am Donnerstag, dem 16. Januar 2025, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Martin Habersaat (SPD), Vorsitzender
Martin Balasus (CDU)
Peer Knöfler (CDU)
Patrick Pender (CDU)
Anette Röttger (CDU)
Wiebke Zweig (CDU)
Malte Krüger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Uta Röpcke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Birgit Herdejürgen (SPD)
Anne Riecke (FDP)
Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Weitere Abgeordnete

Beate Raudies (SPD)
Christopher Vogt (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Vorstellung der Deutschen Auslandsgesellschaft mit besonderem Hinweis auf die Internationale Tagung der Deutschlehrer:innen (IDT) vom 28. Juli bis 1. August 2025 in Lübeck durch Präsident Thomas Schmittinger und Dr. Inger Petersen, Professorin und Geschäftsführende Direktorin des Germanistischen Seminars der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel	5
2. Gespräch mit Dr. Felicia Sternfeld, Präsidentin des International Council of Museums (ICOM) Deutschland und Direktorin des Europäischen Hansemuseums Lübeck	7
3. Bericht der Landesregierung über die Präsident_innenstelle der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel	8
Berichts Antrag der Abgeordneten Birgit Herdejürgen (SPD) Umdruck 20/4244	
4. Vorstellung der Handreichung „Solarleitfaden“, eine Praxishilfe für Solarenergie und Denkmalpflege	10
Vorlage des Bildungsministeriums Umdruck 20/4171	
5. Bericht des Bildungsministeriums über die Ergebnisse der 2. Bildungsministerkonferenz am 13. Dezember 2024 in Berlin	11
6. Reform des Übergangssystems zwischen Schule und Beruf (Fortsetzung der Beratung vom 5. Dezember 2024)	13
Vorlage des Bildungsministeriums Umdruck 20/4267	
7. Einführung von Mindeststandards entlang der bildungsbiografie konsequent fortsetzen – hohe Abschlussquoten sicherstellen	14
Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/2671 (neu)	
Bildungsbiografien konkret fördern	14
Alternativantrag der Fraktion des SSW Drucksache 20/2683	
Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 20/2688	
Bildungsoffensive für Jugendliche ohne Abschluss	14
Alternativantrag der Fraktion der FDP Drucksache 20/2697	

8.	Information/Kenntnisnahme	15
	Umdruck 20/4225 – Haushalt	
9.	Verschiedenes	16

Der Vorsitzende, Abgeordneter Habersaat, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

- 1. Vorstellung der Deutschen Auslandsgesellschaft mit besonderem Hinweis auf die Internationale Tagung der Deutschlehrer:innen (IDT) vom 28. Juli bis 1. August 2025 in Lübeck durch Präsident Thomas Schmittinger und Dr. Inger Petersen, Professorin und Geschäftsführende Direktorin des Germanistischen Seminars der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel**

[Umdruck 20/4268](#)

Der Bildungsausschuss nimmt einen Bericht von Herrn Schmittinger und Frau Dr. Petersen entgegen ([Umdruck 20/4268](#)).

Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet Herr Schmittinger, derzeit erlernten circa 14 Millionen Menschen auf der Welt die deutsche Sprache. Mit dem Baltikum und Polen gebe es eine rege Zusammenarbeit; Kontakte zu Belarus und Russland wolle man nicht abreißen lassen. Schülerinnen und Schüler zum Erlernen einer Fremdsprache zu motivieren, werde durch den Einsatz neuer Technologien nicht einfacher. KI bilde einen Beitrag zur Methodenerweiterung im Sprachunterricht.

Frau Dr. Petersen äußert, aktuelle Zahlen zum Erlernen von Deutsch als Zweitsprache oder Fremdsprache würden im Rahmen der Internationalen Tagung der Deutschlehrer:innen veröffentlicht, in der es insbesondere um die Professionalisierung der Lehrkräfte gehe. Das Bildungsministerium habe sie und eine Kollegin an der Europa-Universität Flensburg gebeten, ein Konzept für die Einführung von Deutsch als Zweitsprache/Deutsch als Fremdsprache als eigenständiges Fach im Rahmen des Lehramtsstudiums zu entwickeln (wie in Bayern und Sachsen). Eine von ihr durchgeführte Online-Befragung von 150 DaZ-Lehrkräften habe ergeben, dass der DaZ-Unterricht in Schleswig-Holstein unterschiedlich gut laufe. Entscheidend seien Standardisierung und Unterstützung (umfassende Eingangsdiagnostik) - auch beim Übergang in die Regelklasse -, Flexibilisierung bei der Umsetzung des Mehrstufenmodells, Professionalisierung der Lehrkräfte, ausreichende Ressourcen und soziale Teilhabe der Schülerinnen und Schüler.

Der Vorsitzende bedankt sich im Namen des Ausschusses für die Informationen und bittet darum, ihm die Ergebnisse der genannten Studien zuzuleiten.

2. Gespräch mit Dr. Felicia Sternfeld, Präsidentin des International Council of Museums (ICOM) Deutschland und Direktorin des Europäischen Hansemuseums Lübeck

Frau Dr. Sternfeld berichtet über die Arbeit von ICOM sowie Aufgaben und Herausforderungen der Museen. ICOM Deutschland unterstütze die Vernetzung von Museen und Fachleuten durch den Austausch von Best Practices sowie die Förderung des internationalen Dialogs und leiste einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung der Museologie auf globaler Ebene. Wichtig sei, rechtsextreme Einflussnahmen auf Museen zu verhindern, die Dekolonisierung von Museen in einem respektvollen und verantwortungsvollen Dialog mit den Herkunftsgesellschaften und relevanten Interessengruppen auf Grundlage der Provenienzforschung voranzutreiben und Museen als offen zugängliche Orte der Diversität, der Nachhaltigkeit, der Inklusion und Partizipation und damit als gesellschaftliche Akteure – frei von politischer Einflussnahme – zu unterstützen. Museen seien für die Gesellschaft von unverzichtbarem Wert: Sie bewahrten Kulturgüter, sie bildeten, förderten den Austausch und trügen aktiv zur Demokratie bei.

Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet Frau Dr. Sternfeld, die Museen in Schleswig-Holstein stellten sich den Aufgaben Provenienzforschung und Dekolonisierung. Dem Zugang zu Museen stünden in erster Linie nicht finanzielle, sondern intellektuelle oder gefühlte Hürden entgegen; etwas Gutes könne auch etwas kosten. Die Museen sollten sich noch breiter aufstellen und stärker mit Schulen zusammenarbeiten. Vorbildlich sei das Lübecker Format „Jugend ins Museum“ der Michael-Haukohl-Stiftung, bei dem Schülerinnen und Schüler Schülerinnen und Schüler führten. Zertifizierung und Zusammenarbeit mit anderen Kulturinstitutionen (Synergieeffekte, zum Beispiel beim Controlling) seien hilfreich. Um wieder mehr Besucherinnen und Besucher zu gewinnen, sollten Museen stärker nach draußen gehen, Formate außerhalb ihrer eigenen Räume durchführen, interessante Ausstellungen und Veranstaltungen anbieten und digitale Möglichkeiten ausnutzen. Der Fachkräftemangel habe auch die Museen erreicht (insbesondere beim technischen und administrativen Personal).

Der Vorsitzende bedankt sich im Namen des Ausschusses bei Frau Dr. Sternfeld für ihr Engagement.

3. Bericht der Landesregierung über die Präsident_innenstelle der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Berichts Antrag der Abgeordneten Birgit Herdejürgen (SPD)
[Umdruck 20/4244](#)

Wissenschaftsstaatssekretär Wendt teilt mit, die Plagiatsvorwürfe gegenüber der ehemaligen Präsidentin der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Professorin Dr. Fulda, würden von der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Goethe-Universität Frankfurt und der Universität Ulm als vorherige Dienststellen untersucht. Die Prüfung der Goethe-Universität Frankfurt sei am 10. Januar 2025 wegen Geringfügigkeit eingestellt worden. Es bleibe abzuwarten, zu welchem Ergebnis die beiden verbleibenden Prüfungsverfahren kämen. Dem Wissenschaftsministerium lägen dazu als nicht beteiligte Institution keine weitergehenden Informationen vor.

Auf Fragen aus dem Ausschuss betont der Staatssekretär noch einmal, dass es sich um ein rein wissenschaftliches Verfahren handele; eine Einflussnahme des Wissenschaftsministeriums auf das Verfahren und die Gremien der Universität verbiete sich. Die Handlungsfähigkeit der Christian-Albrechts-Universität sei zu jeder Zeit sichergestellt gewesen. Das Ministerium habe dem Präsidium der CAU rechtsaufsichtlich beratend zur Seite gestanden. Professorin Dr. Fulda nehme derzeit eine Forschungsprofessur an der Medizinischen Fakultät der CAU wahr.

Der Bildungsausschuss appelliert, die Hochschulautonomie zu achten und auf Personalvorgänge sensibel und vorurteilsfrei zu reagieren.

Sodann berichtet der Staatssekretär über das Nachbesetzungsverfahren des Präsidentenamts an der CAU. Am 18. November 2024 sei Professorin Dr. Theesfeld durch den Senat der CAU mit großer Mehrheit zur nächsten Präsidentin der Hochschule gewählt worden. Am 2. Dezember 2024 habe die CAU das Wissenschaftsministerium erstmalig darüber informiert, dass die Klage, konkret ein Bewerbungsverfahrensanspruch gemäß Artikel 33 Absatz 2 Grundgesetz, einer in dem Verfahren nicht berücksichtigten Person eingegangen sei. Hierbei handele es sich um den ehemaligen Universitätspräsidenten Professor Dr. Kipp. Im Zuge der Geltendmachung dieses Anspruchs habe die CAU die Kanzlei WEISSLEDER.EWER mit der Vertretung ihrer Interessen beauftragt. Nach Information der Christian-Albrechts-Universität sei die Kanzlei nach einer ersten Prüfung zu dem Ergebnis gekommen, dass das Verfahren grundsätzlich ordnungsgemäß abgelaufen sei. In dem Verfahren selbst habe bislang lediglich eine

Übertragung der Sache auf den Einzelrichter stattgefunden. Diese werde nach § 6 VwGO dann vorgenommen, wenn die Sache keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher oder rechtlicher Art aufweise und die Rechtssache keine grundsätzliche Bedeutung habe. Zu den weiteren Verfahrensschritten und der Dauer des gerichtlichen Verfahrens lägen dem Ministerium keine Erkenntnisse vor.

Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet der Staatssekretär, im Haushaltsentwurf 2025 würden die Betriebskosten der Hochschulen überrollt und Tarif- und Besoldungssteigerungen ausgeglichen. Das Wissenschaftsministerium verfolge keine konkreten Pläne, bei den Hochschulen in den nächsten Haushaltsjahren Einsparungen vorzunehmen; man gehe davon aus, dass man im Wesentlichen mit einer stabilen Hochschulfinanzierung für die nächste Zielvereinbarungsperiode rechnen könne, über deren Ausgestaltung man mit den Hochschulen noch im Gespräch sei.

Die Mittel aus dem Zukunftsvertrag Studium und Lehre müssten nach einer Vorgabe des Bundes zwingend nach einem anderen Berechnungsschlüssel auf die Hochschulen verteilt werden als bisher. Daher berate man darüber, wie die Grundfinanzierung der Hochschulen so gestaltet werden könne, dass die Hochschulstandorte in Schleswig-Holstein trotz einer schwierigen Haushaltssituation nicht gefährdet würden. Die Verhandlungen mit den Hochschulen seien – wie gesagt – noch nicht abgeschlossen; es gebe keinen Grund zu der Befürchtung, dass es zu drastischen Kürzungen im Hochschulsystem komme. Auf Wunsch der Abgeordneten Herdejürgen sagt er zu, den Bildungsausschuss über den ZSL-Verteilungsschlüssel und die Auswirkungen auf die Hochschulen zu unterrichten.

Die Personalauswahl der Findungskommission falle unter die Hochschulautonomie, das Ministerium sei nur mit der Frage befasst worden, ob die Reduzierung des Wahlvorschlags auf eine Person und die Abstimmung darüber rechtmäßig seien. Mit dem ursprünglichen Wahlvorschlag habe die Findungskommission das gesetzliche Kriterium erfüllt, welches lediglich besage, dass mindestens zwei Personen auf den Wahlvorschlag gesetzt werden sollten. Nachdem eine der beiden ausgewählten Personen ihre Bewerbung unerwartet zurückgezogen habe, sei dem Senat letztendlich eine Einer-Liste vorgelegt worden, bei der der Senat weiterhin die Wahlmöglichkeit gehabt habe, nämlich die Möglichkeit, die Person auf der Einer-Liste nicht zu wählen und damit das Verfahren neu aufzurollen. Die rechtliche Prüfung des Ministeriums habe ergeben, dass das Hochschulgesetz ein solches Vorgehen zulasse.

4. Vorstellung der Handreichung „Solarleitfaden“, eine Praxishilfe für Solarenergie und Denkmalpflege

Vorlage des Bildungsministeriums
[Umdruck 20/4171](#)

Herr Dr. Seifert, Leiter des Landesamts für Denkmalpflege, erläutert den Solarleitfaden, den der Bildungsausschuss begrüßt. Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet Herr Dr. Seifert, der Umgebungsschutz spiele aufgrund des Energiewende- und Klimaschutzgesetzes heutzutage praktisch keine Rolle mehr. Der Solarleitfaden enthalte einzelne Praxisbeispiele und nehme keine weiteren inhaltlichen Änderungen vor. Für den Denkmalschutz sei die Akzeptanz der Eigentümerinnen und Eigentümer entscheidend, und damit sei der Einbau von Solaranlagen grundsätzlich auch im Sinne der Denkmalpflege. Die Servicestelle Denkmalrecht, deren Besetzung sich verzögere, solle die Denkmalschutzbehörden vermittelnd beraten. Die Berücksichtigung von Alternativgebäuden habe man aus Praktikabilitätsgründen nicht in den Leitfaden aufgenommen. Man wolle mit dem Leitfaden deutlich machen, dass Denkmalschutz und Klimaschutz miteinander vereinbar seien, und in beiden Bereichen vorankommen und erhoffe sich hier mehr technische Fortschritte.

Kulturstaatssekretär Wendt kündigt an, dass der Praxisleitfaden weiterentwickelt und um neue Erkenntnisse komplettiert werde.

5. Bericht des Bildungsministeriums über die Ergebnisse der 2. Bildungsministerkonferenz am 13. Dezember 2024 in Berlin

Bildungsstaatssekretärin Dr. Stenke berichtet über die Ergebnisse der neuen Bildungsministerkonferenz, die aus der Schulkommission, der Kommission für die Bildung in der digitalen Welt, der Kommission für Berufliche Bildung und Weiterbildung, der Kommission für Qualitätsentwicklung und Bildungsmonitoring und der Kommission für Lehrkräftebildung bestehe. Bund und Länder hätten eine gemeinsame Erklärung zum DigitalPakt 2.0 abgegeben.

Man habe den Abschlussbericht zu den politischen Vorhaben der Kultusministerkonferenz zur Kenntnis genommen. Mit den politischen Vorhaben zur Ländervereinbarung, mit denen schul- und bildungspolitische Regelungen angepasst würden, verfolge die Kultusministerkonferenz folgende Zielsetzungen: Schaffung eines einheitlichen Rahmens im Bildungsbereich, mehr Vergleichbarkeit der Schulbildung, Sicherung der Mobilität der Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte, Sicherung der Qualität im Bildungsbereich, Weiterentwicklung des gesamten Bildungswesens. Die Staatssekretärin nennt die wesentlichen Punkte des Berichts, zu dem die KMK ein anschauliches Factsheet erarbeitet habe, das unter folgendem Link abgerufen werden könne: [Link Factsheet](#).

Außerdem habe die Bildungsministerkonferenz gemeinsam mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland und dem Verband Bildungsmedien e.V. eine Erklärung und Empfehlungen zur sachgerechten und differenzierten Darstellung des Judentums in Bildungsmedien verabschiedet.

Die Ständige Wissenschaftliche Kommission habe ihr Arbeitsprogramm für die Jahre 2025 bis 2027 vorgestellt: Geplant seien ein Gutachten zur datenbasierten Steuerung und Entwicklung von Schulen (Vorlage des Zwischenberichts im Mai 2025 und des Abschlussberichts 2026) und ein Gutachten zur Erforschung der Sicherung der Studierfähigkeit in der Sekundarstufe II.

Am 29. Januar 2025 solle eine Empfehlung zur sprachlichen Förderung neu zugewanderter Kinder und Jugendlicher vorgelegt werden.

Schließlich habe die Bildungsministerkonferenz eine gemeinsame Empfehlung zur Wissensvermittlung über die vier autochthonen nationalen Minderheiten und Volksgruppen Deutschlands sowie die Sprechergruppe Niederdeutsch verabschiedet. Die Empfehlung ziele darauf ab, das Wissen über diese Gruppen und ihre kulturellen und sprachlichen Besonderheiten in den Schulen zu fördern und zu vertiefen.

Das Thema „Handy(verbot) an Schulen“ - damit antwortet die Staatssekretärin auf eine Frage des Vorsitzenden - werde Gegenstand der Bildungsministerkonferenz im März 2025 sein.

6. Reform des Übergangssystems zwischen Schule und Beruf
(Fortsetzung der Beratung vom 5. Dezember 2024)

Vorlage des Bildungsministeriums
[Umdruck 20/4267](#)

Der Ausschuss nimmt einen Bericht von Staatssekretärin Dr. Stenke entgegen ([Umdruck 20/4267](#)). Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet die Staatssekretärin, seit mehreren Jahren gehe die Nachfrage nach BFS I und die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die auf diesem Weg den Mittleren Schulabschluss erwerben, zurück. Jugendliche mit dem ESA, die den MSA erwerben wollten, würden künftig statt in die Unterstufe der BFS I in die AV-SH eingeschult und könnten nach einem Jahr in die Oberstufe der BFS I wechseln, um dort den MSA zu erlangen. Der neue Bildungsgang AVflex sei stärker praxisorientiert und biete den Jugendlichen die Möglichkeit, sich an einem Arbeitsplatz im Umfeld der Schule auszuprobieren, jederzeit einen Ausbildungsplatz anzunehmen und sich intensiv begleiten und coachen zu lassen. Man werde Anfang nächster Woche alle allgemeinbildenden Schulen und alle beruflichen Koordinatoren mit einem Schreiben über den Prozess informieren, zum kommenden Schuljahr keine Stellen aus diesem System herausnehmen, das Personalzuweisungsverfahren für alle Schularten auf neue Füße stellen und den flexiblen Lehrkräfteeinsatz nutzen, um insgesamt 40 Stellen einzusparen.

**7. Einführung von Mindeststandards entlang der bildungsbiografie
konsequent fortsetzen – hohe Abschlussquoten sicherstellen**

Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 20/2671](#) (neu)

Bildungsbiografien konkret fördern

Alternativantrag der Fraktion des SSW
[Drucksache 20/2683](#)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 20/2688](#)

Bildungsoffensive für Jugendliche ohne Abschluss

Alternativantrag der Fraktion der FDP
[Drucksache 20/2697](#)

Auf Vorschlag des Vorsitzenden kommt der Bildungsausschuss überein, zu den Anträgen ein kurzes Fachgespräch zu führen. Die Fraktionen wollen sich am Rande der Januar-Plenartagung über den Teilnehmerkreis verständigen.

8. Information/Kennntnisnahme

[Umdruck 20/4225](#) – Haushalt

Der Ausschuss nimmt den Umdruck zur Kenntnis.

9. Verschiedenes

Die nächste Ausschusssitzung findet am 13. Februar 2025 statt (13 bis 15 Uhr Beratungssitzung, 15 bis 18 Uhr Fachgespräch Kunst und KI).

Der Vorsitzende, Abgeordneter Habersaat, schließt die Sitzung um 18:00 Uhr.

gez. Martin Habersaat
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer